

solange wir 26 Prozessordnungen haben. Der Rechtsschutz wäre insoweit eingeschränkt. Wir würden in der falschen Meinung, etwas Gutes zu tun, den Rechtszustand im Grunde genommen verschlechtern. Etwas anders gesagt: Die Motion verlangt, dass wir das Ross am Schwanz aufzäumen, dass wir in einem Einzelbereich eine Grundsatzfrage präjudizieren – eine Frage, die noch viel zu reden geben könnte und zu reden geben wird.

Ich empfehle Ihnen, alle Optionen offenzulassen und dem Postulat der Minderheit Sandoz Suzette zuzustimmen.

**de Dardel** Jean-Nils (S, GE), rapporteur: Ce que proposent le Conseil des Etats et la majorité relativement faible de la commission – puisque c'est à une voix près –, ce n'est pas de l'acharnement thérapeutique, mais simplement une bonne médecine. Il faut bien reconnaître que la décision de notre Conseil est en définitive essentiellement politique. Il s'agit de savoir si nous voulons vraiment donner un signe politique, à savoir que nous considérons que ce problème de la durée des recours est un problème qu'il faut juguler. C'est un préjudice qui ne peut pas durer continuellement et nous donnons une priorité en décidant cela sous forme de motion plutôt que sous forme de postulat.

**Le président:** Le groupe AdI/PEP communique qu'il soutiendra la proposition de la majorité.

**Koller** Arnold, Bundesrat: Zunächst möchte ich doch noch einmal darauf hinweisen, was diese Revision eigentlich bringt. Man hat immer ein wenig den Eindruck, dass ohne die Annahme dieser Motion – ohne die Abschaffung der kantonalen Rechtsmittelinstanzen – diese Gesetzesrevision fast nichts bringen würde.

Ich möchte Ihnen einfach noch einmal stichwortartig sagen, mit welchen Mitteln wir jetzt – sicher noch in dieser Session – beschliessen, die internationalen Rechtshilfeverfahren zu beschleunigen.

Künftig sind nur noch die Schlussverfügungen bis vor Bundesgericht anfechtbar. Die Rechtsmittel haben sodann künftig keine aufschiebende Wirkung mehr. Die bisherige Möglichkeit einer Einsprache fällt weg. Die Beschwerdelegitimation wird auf Personen beschränkt, die von einer Rechtshilfemassnahme persönlich und unmittelbar betroffen sind. Mit dem Einverständnis der betroffenen Personen können die verlangten Rechtshilfeakten bereits vor Abschluss des Verfahrens an das Ausland herausgegeben werden. Das Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) erhält neu die Kompetenz, bei interkantonalen Verfahren eine Leitbehörde mit der Ausföhrung zu betrauen. Es ist weiter vorgesehen, dass das BAP selber vorläufige Massnahmen anordnen kann.

Dieses ganze Bündel von Massnahmen wird doch nach aller menschlicher Erwartung eine ganz entscheidende Beschleunigung der internationalen Rechtshilfeverfahren mit sich bringen.

Deshalb geht es meines Erachtens nicht an, so zu tun, als ob diese Revision nichts wert wäre, wenn man den Antrag, den Herr Ständerat Marty ursprünglich eingebracht hat, nicht in irgendeiner Form annimmt. Das Gegenteil ist der Fall, und ich glaube, wir haben allen Grund, die sicher positiven Auswirkungen dieser Gesetzesrevision abzuwarten.

Demgegenüber habe ich gegenüber der Motion zwei Bedenken:

1. Mir scheint es in einem föderalistischen Staat nicht gut zu sein, wenn wir sagen: Für diese über 2000 internationalen Rechtshilfefälle kommen wir ohne die Kantone nicht aus, aber wenn es dann um den Rechtsmittelweg geht, haben die Kantone nichts mehr zu sagen. Das ist nicht föderalistisch gedacht.

2. Weshalb empfehlen wir das Postulat? Ich glaube, wir müssen jetzt wirklich seriös prüfen können, ob der Vorschlag «weg vom Bundesgericht» tatsächlich die Lösung ist. Ich bin noch gar nicht sicher, weil das Bundesgericht eine Generalistenaufgabe hat. Wir wissen: Alle Sondergerichte kranken etwas daran, dass sie die einzelnen Fälle nicht ins allgemeine Rechtssystem einbauen.

Deshalb möchten wir die Sache wirklich prüfen können und empfehlen Ihnen nicht die Überweisung der Motion, sondern des Postulates.

*Motion 96.3009*

*Abstimmung – Vote*

Für Überweisung der Motion

47 Stimmen

Dagegen

74 Stimmen

*Postulat 96.3377*

*Überwiesen – Transmis*

95.306

## Standesinitiative Jura Kantonsbildungen und Veränderungen von Kantonsgebieten

### Initiative du canton du Jura Modification du nombre et du territoire des cantons

Beschluss des Ständerates vom 3. Juni 1996

Décision du Conseil des Etats du 3 juin 1996

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

*Wortlaut der Initiative vom 1. September 1995*

Der Kanton Jura verlangt, in Ausübung seines Initiativrechtes gemäss Artikel 93 Absatz 2 der Bundesverfassung, dass folgende Bestimmung in der Verfassung verankert wird:

1. Die Bildung neuer Kantone und Kantonszusammenlegungen erfordern die Zustimmung von Volk und Ständen.
2. Gebietsveränderungen zwischen Kantonen erfordern die Zustimmung der Bundesversammlung.
3. Die Bundesversammlung regelt in jedem Einzelfall das Verfahren bei solchen Gebietsveränderungen sowie die Rechte und Pflichten des Bundes und der Kantone in den verschiedenen Etappen dieses Verfahrens und bestimmt, welchen Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen das Recht zusteht, über ihre Kantonszugehörigkeit abzustimmen.
4. Interkantonale Grenzkorrekturen werden zwischen den betroffenen Kantonen vereinbart.

*Texte de l'initiative du 1er septembre 1995*

La République et Canton du Jura exerce son droit d'initiative, conformément à l'article 93 alinéa 2 de la Constitution fédérale, et demande l'inscription de la disposition suivante dans la constitution:

1. La création de nouveaux cantons et les fusions de cantons requièrent l'approbation du peuple et des cantons.
2. Les modifications de territoire entre les cantons requièrent l'approbation de l'Assemblée fédérale.
3. L'Assemblée fédérale règle, dans chaque cas, la procédure de la modification, les droits et les devoirs de la Confédération et des cantons aux différents stades de ladite procédure, et indique quels sont les citoyens admis à participer aux scrutins d'autodétermination.
4. Les rectifications de frontières intercantionales se font par conventions entre les cantons.

**Fankhauser** Angelina (S, BL) unterbreitet im Namen der Staatspolitischen Kommission (SPK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Die SPK hat an ihrer Sitzung vom 15. August 1996 die vom Kanton Jura am 1. September 1995 übermittelte Standesinitiative gemäss Artikel 21 octies des Geschäftsverkehrsgesetzes vorgeprüft.

Das jurassische Parlament hat an seiner Sitzung vom 24. Mai 1995 beschlossen, auf dem Wege der Standesinitiative eine verfassungsrechtliche Regelung des Vorgehens bei Änderungen im Gebiet und Bestand der Kantone zu verlangen. Insbesondere sollen Gebietsveränderungen zwischen den Kantonen nicht mehr dem obligatorischen Referendum von Volk und Ständen unterstellt werden; dafür soll nur noch die Zustimmung der Bundesversammlung erforderlich sein. Der Ständerat hat der Initiative am 3. Juni 1996 Folge gegeben.

#### *Erwägungen der Kommission*

Die Kommission geht davon aus, dass der Bundesrat den eidgenössischen Räten noch im Laufe des Jahres 1996 einen Entwurf für eine Totalrevision der Bundesverfassung unterbreiten wird. Das von der jurassischen Standesinitiative aufgebrachte Thema wird ebenfalls Gegenstand dieser Vorlage sein. Der in die Vernehmlassung gegebene Vorentwurf vom Juni 1995 enthält bereits eine Variante, die das Anliegen der Initiative aufnimmt.

Würde der Initiative zum jetzigen Zeitpunkt keine Folge gegeben, so würde damit ein politisches Zeichen gesetzt, dass ihre Forderung im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung nicht erfüllt werden sollte. Die Kommission sieht demgegenüber nach der Volksabstimmung über den Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat durchaus einen Klärungs- und allenfalls auch einen Handlungsbedarf. Sie ist der Ansicht, dass das Anliegen der Initiative geprüft werden sollte, ohne sich jedoch im jetzigen Zeitpunkt bezüglich der Lösung dieses Problems bereits im einzelnen festlegen zu wollen.

Sollte der Bundesrat dieses Anliegen im Rahmen seines Verfassungsentwurfes nicht von sich aus berücksichtigen, so bedeutet das Folgegeben einen verbindlichen Auftrag zur Prüfung dieser Frage durch die parlamentarischen Kommissionen, die diese Vorlage vorberaten werden. Ist die Totalrevision erfolgreich, so wird die Initiative abgeschrieben werden können; sollte sie allenfalls scheitern, so bliebe der Auftrag im Hinblick auf eine allfällige Partialrevision der Bundesverfassung bestehen.

**Fankhauser** Angeline (S, BL) présente au nom de la Commission des institutions politiques (CIP) le rapport écrit suivant:

A sa séance du 15 août 1996, la CIP a examiné, en vertu de l'article 21octies de la loi sur les rapports entre les Conseils, l'initiative du canton du Jura, transmise le 1er septembre 1995.

Lors de sa séance du 24 mai 1995, le Parlement de la République et Canton du Jura a décidé de demander, par voie d'initiative, l'inscription d'une disposition dans la constitution, visant à réglementer la procédure de modification du nombre et du territoire des cantons. Désormais, les modifications de territoires entre les cantons ne requièrent plus l'approbation du peuple et des cantons, mais en revanche celle de l'Assemblée fédérale.

Le Conseil des Etats a donné suite à l'initiative le 3 juin 1996.

#### *Considérations de la commission*

La commission part du principe que le Conseil fédéral soumettra aux Chambres, dans le courant de l'année 1996, un projet de réforme de la Constitution fédérale. Les objectifs visés par l'initiative de la République et Canton du Jura feront l'objet d'une disposition dans ce projet. L'avant-projet de juin 1995, soumis à la consultation, contient déjà une variante tenant compte des objectifs de l'initiative.

Actuellement, ne pas donner suite à l'initiative pourrait être interprété comme une volonté politique de ne pas voir ses exigences remplies dans le cadre de la réforme de la constitution. A la lumière de la votation populaire sur le changement de canton de la commune de Vellerat, la commission estime qu'il est nécessaire de clarifier la situation et d'agir. A son avis, l'initiative doit être examinée sans pour autant se fixer dès maintenant sur les détails d'une solution.

Si, dans le cadre du projet de réforme de la constitution, le Conseil fédéral ne devait pas de lui-même tenir compte des objectifs de l'initiative, y donner suite signifierait que les commissions parlementaires, chargées de ce projet, seront contraintes par un mandat d'examiner cette question. Si la révision totale devait être approuvée, l'initiative serait classée. Si elle échouait, il y aurait toujours la perspective d'un mandat de révision partielle de la constitution.

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt einstimmig, der Initiative Folge zu geben.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose, à l'unanimité, de donner suite à l'initiative.

#### *Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle*

**Bonny** Jean-Pierre (R, BE): Mich hat etwas verwundert, dass ein Geschäft von einer doch gewissen grundsätzlichen Tragweite, wie Gebietsveränderungen, in Kategorie V behandelt wird.

Ich möchte mich auf einen Satz beschränken. In den Erwägungen der Kommission heisst es: «Würde der Initiative zum jetzigen Zeitpunkt keine Folge gegeben, so würde damit ein politisches Zeichen gesetzt, dass ihre Forderung im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung nicht erfüllt werden sollte.»

Ich möchte hier nur zum Ausdruck bringen, dass mir eine Initiative, die vorsieht, dass der Souverän bei bedeutenden Gebietsveränderungen unter Umständen nicht mehr das Recht haben könnte, darüber zu befinden, zu weit geht. Ich werde mich daher der Stimme enthalten.

#### *Angenommen – Adopté*

#### *An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

96.052

### **StGB. Umweltschutzstrafrecht Environnement. Révision du Code pénal**

Bericht des Bundesrates vom 15. Mai 1996  
(wird im BBl veröffentlicht)  
Rapport du Conseil fédéral du 15 mai 1996  
(sera publié dans la FF)

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

#### *Antrag der Kommission*

##### *Mehrheit*

Kenntnisnahme vom Bericht in zustimmendem Sinne

##### *Minderheit*

(Grobet, Borel, Semadeni, Strahm, Stump, Teuscher)  
Kenntnisnahme vom Bericht in ablehnendem Sinne

#### *Proposition de la commission*

##### *Majorité*

Prendre acte du rapport en exprimant son approbation

##### *Minorité*

(Grobet, Borel, Semadeni, Strahm, Stump, Teuscher)  
Prendre acte du rapport en exprimant sa désapprobation

**Detting** Toni (R, SZ), Berichterstatter: Es kommt eher selten vor, dass ein Postulat nach mehr als zehn Jahren im Nationalrat nochmals ausführlich zur Sprache kommt. Herr

## **Standesinitiative Jura Kantonsbildungen und Veränderungen von Kantonsgebieten**

### **Initiative du canton du Jura Modification du nombre et du territoire des cantons**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.306
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.09.1996 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1325-1326
Page	
Pagina	
Ref. No	20 040 699

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.